

(A) Schienenstrecken, die bislang nicht unter das freiwillige Lärmsanierungsprogramm des Bundes fallen.

Zu Frage 2: Der Senat hält die Beibehaltung des in der 16. Bundesimmissionschutzverordnung enthaltenen Schienenbonus bei der Lärmbeurteilung von Schienenverkehrswegen für nicht länger sachgerecht.

Zu Frage 3: Der Senat hat zuletzt am 15. April 2011 im Bundesrat eine Entschließung des Bundesrates zur Verminderung des Bahnlärms unterstützt. Diese Entschließung umfasste unter anderem auch die Forderung, den Schienenbonus abzusenken und zu prüfen, ob zusätzlich zum Dauerschallpegel Spitzenschallpegel für die Nacht eingeführt werden können. Die Entschließung fand eine Mehrheit im Bundesrat. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Dr. Schaefer, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie haben darauf hingewiesen, dass diese lärmabhängigen Trassenpreise ab Dezember eingeführt werden sollen. Das ist ja eine langjährige Forderung, weil es im Prinzip der aktive Lärmschutz ist. Unsere Frage basierte dort auf mehreren Zeitungsartikeln, in denen immer suggeriert wurde, das Bundesverkehrsministerium stelle jetzt auch zusätzlich noch Gelder zur Verfügung und erhoffe sich damit, den Erhalt des Schienenbonus zu erkaufen. Aus Ihrer letzten Antwort entnehme ich, dass Sie sich ja schon dafür eingesetzt haben, dass der Schienenbonus abgeschafft werden soll. Meine Frage: Ist davon auszugehen, wenn es wieder zu – ich sage einmal – Konflikten um den Schienenbonus kommt, dass Sie sich dann auch weiterhin auf weiteren Konferenzen der Verkehrsminister für dessen Abschaffung einsetzen?

(B)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Sie haben jetzt zweimal den Begriff Bonus gebraucht, ich glaube, wir müssen das auseinanderhalten: In dem einen Fall ging es um die Frage, ob derjenige einen Bonus bekommt, der auf lärmarme Waggons umrüstet, und der Schienenbonus ist eine Gutschrift bei den Dezibelwerten, es ist ein anderer Bonus. Bei dem einen spricht man von einem finanziellen Bonus und bei dem anderen von einer Entlastung im Sinne des Bundes-Immissionschutzgesetzes, was die Schallemissionen betrifft.

Noch einmal zu der finanziellen Frage: Der Bonus, der gezahlt wird, wird nicht aus zusätzlichen Geldern des Ministeriums gezahlt, sondern aus der allgemeinen Erhöhung der Trassenpreise generiert, woraus dann wieder Umlagekapital generiert wird, um dann denjenigen, die freiwillig ihre Waggons lärmarm ausstatten, einen Bonus zu zahlen. Das heißt, es gibt kein zusätzliches Fördergeld, sondern das Geld, das dann Einzelnen zugutekommt, müssen alle gemeinsam bezahlen.

Der zweite Bonusbegriff bezieht sich auf die bislang für den Eisenbahnverkehr geltende Lockerung der Grenzwerte von drei Dezibel. Weil man sagt, der Bahnverkehr ist weniger schädlich als der Autoverkehr, hat man die Bahn dort etwas großzügiger behandelt und gesagt, sie darf drei Dezibel mehr emittieren. Da geht es jetzt um die Frage, ob dieser Bonus – kein finanzieller Bonus, sondern einfach in der Beurteilung, ob ein Grenzwert überschritten ist oder nicht – weiterhin aufrechterhalten wird oder nicht. Da haben wir uns als Land Bremen mit den anderen Bundesländern im Bundesrat dagegen ausgesprochen, dass die Bahn hier weiterhin lauter sein darf als andere Verkehrswege.

(C)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Attentat in Norwegen – Verbindungen nach Deutschland**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Fecker, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Welche Informationen liegen dem Senat darüber vor, dass der norwegische Attentäter Breivik, wie deutsche Medien mit Berufung auf norwegische Ermittler berichten, seine an Unterstützer gerichtete E-Mail kurz vor den Anschlägen unter anderem auch an die rechtspopulistische Bremer Gruppierung Bürger in Wut verschickt hat?

(D)

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Dem Senat ist bekannt, dass der Attentäter kurz vor den Anschlägen sein Manifest weltweit an eine große Zahl von E-Mail-Adressen versandt hat. Die Adressaten sind in vielen Fällen dem rechtsextremistischen oder dem rechtspopulistischen Spektrum zuzurechnen. Das Manifest ging aber auch an zahlreiche Presse- und Medienorgane sowie an Abgeordnete des norwegischen Parlaments. Auch die Gruppierung Bürger in Wut war im E-Mail-Verteiler enthalten. Es ist dem Senat nicht bekannt, ob die E-Mails jeweils ihren Empfänger erreicht haben. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Nun ist dieser Umstand im Vorfeld bestritten worden, und

- (A) die Medien hatten berichtet, dass in Deutschland die NPD-Zentrale in Berlin und mehrere Gruppierungen des sogenannten autonomen nationalen Widerstands und autonomer Nationalisten und die Gruppe Bürger in Wut in Bremen diese E-Mail erhalten haben. Können Sie das insoweit bestätigen, dass es das politische Spektrum in Deutschland war, das diese E-Mail erhalten hat?
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!
- Senator Mäurer:** Das ist etwas schwierig, weil, wie gesagt, weltweit über 2 000 Anschriften feststellbar gewesen sind. Wir haben nach Auskunft des BKA in der Bundesrepublik insgesamt 82 E-Mail-Adressen lokalisieren können. Es ist aber nicht bekannt, wie viele davon dann auch wirklich in der Bundesrepublik angekommen sind.
- Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Timke! – Bitte sehr!
- Abg. **Timke** (BIW): Herr Senator, Sie haben gerade gesagt, dass neben politischen Organisationen auch Medien etwas bekommen haben. Können Sie aus den Ermittlungen der Sicherheitsbehörden bestätigen, dass Medien in Deutschland dieses Manifest möglicherweise erhalten haben können?
- (B) **Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!
- Senator Mäurer:** Ja, das kann ich bestätigen. Ich weiß, dass der „Spiegel“, aber auch die „Bild-Zeitung“ das bekommen haben.
- Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. **Timke** (BIW): Herr Senator, können Sie auch bestätigen, dass neben Medien und politischen Organisationen Unternehmen oder Einzelpersonen diese Mail erhalten haben?
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!
- Senator Mäurer:** Ich muss da etwas vorsichtig sein, denn die meisten Angaben sind gesperrt; das heißt, wir wissen zwar, wer das bekommen hat, aber wir haben die deutliche Ansage des BKA, dies als vertraulich zu beachten. Deswegen bitte ich um Verständnis, dass ich mich dazu nicht äußern will!
- Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. **Timke** (BIW): Herr Senator, Sie sagten gerade, das wäre vertraulich. Dann ist es doch aber auch vertraulich, wenn Sie sagen, dass möglicherweise die Wählervereinigung Bürger in Wut im Verteiler war.
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!
- (C) **Senator Mäurer:** Das ist ja auch bekannt geworden, insofern – –.
- (Abg. **Timke** [BIW]: Es unterliegt trotzdem der Vertraulichkeit!)
- Wie gesagt, wir haben diese Information ja nicht selbst publiziert, sondern sie ist veröffentlicht worden; woher, weiß ich nicht!
- (Abg. **Timke** [BIW]: Aber Sie bestätigen es doch!)
- Ich habe gesagt, wir wissen gar nicht, ob Sie – –. Bei „Sie“ muss man auch sehr vorsichtig sein. Es ist eine Bundesanschrift gewesen, es war ja nicht Bremen, sondern buerger-in-wut.de. Wir wissen nur, dass diese Anschrift nachweisbar ist, aber ob dieses Pamphlet überhaupt eingegangen ist, kann ich weder bestätigen noch ausschließen.
- Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. **Timke** (BIW): Herr Senator, wenn Sie aber sagen, dass wir im Verteiler waren, dann müssten Sie doch auch sagen dürfen, ob weitere Medien im Verteiler waren, und diese auch nennen dürfen.
- (D) **Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!
- Senator Mäurer:** Ich habe Ihnen schon zwei genannt.
- Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. **Timke** (BIW): Herr Senator, was würde der Senat sagen: Können die im Verteiler erfassten Adressaten nach Auffassung des Senats grundsätzlich als Unterstützer des Massenmörders Breivik bezeichnet werden?
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!
- Senator Mäurer:** Nein!
- Präsident Weber:** Herr Senator, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.
- Die fünfte Anfrage bezieht sich auf **Synthetische Drogen in Bremen**. Die Anfrage ist unterschrieben vom Abgeordneten Timke.
- Bitte, Herr Timke!
- Abg. **Timke** (BIW): Ich frage den Senat: